

BVR Research

Volkswirtschaft Kompakt

Wirtschaftspolitik, Finanzmärkte, Konjunktur

Landkreise im Wandel: Wo Deutschland wächst – und wo es schrumpft

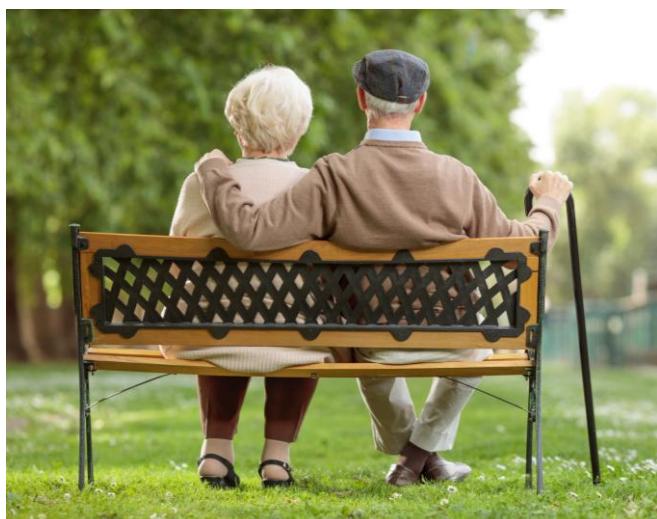
Executive Summary

Die Gesamtbevölkerung steigt leicht auf 84 Mio. Menschen (+0,4 %) und bleibt damit in Deutschland bis 2035 vergleichsweise stabil. Dabei gleicht Zuwanderung den demografischen Rückgang weitgehend aus. Gleichzeitig werden die Alterungseffekte deutlich spürbar. Das mittlere Alter wird in den nächsten zehn Jahren von derzeit rund 46 Jahren auf rund 47 Jahre ansteigen.

Das Bevölkerungswachstum in Deutschland bis 2035 ist regional sehr unterschiedlich: von plus elf Prozent bis minus 14 %. Besonders dynamisch entwickeln sich die Städte Landshut, Leipzig und Potsdam, während viele Landkreise in Ost- und Mitteldeutschland Einwohner verlieren. Der Altenquotient ist 2035 im Osten am höchsten, im Süden am niedrigsten.

Um weiterhin die demografischen Effekte aufzufangen, muss Deutschland ein attraktives Zuwanderungsland

bleiben. Qualifizierte Migration ist ein Schlüssel, um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren und Innovationen zu fördern. Dazu gehören vereinfachte Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse, eine gute Willkommenskultur sowie eine Beschleunigung bürokratischer Prozesse, u. a. bei der Visavergabe. Aufgrund der zunehmenden Alterung in Deutschland sind Strukturreformen in der Rentenversicherung ebenfalls dringend erforderlich genau wie zusätzliche Maßnahmen zur Förderung der privaten Altersvorsorge. Die im Regierungsentwurf zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge vorgeschlagenen Maßnahmen sind ein wichtiger und dringlicher Schritt, um die private Altersvorsorge wesentlich attraktiver zu gestalten und den Lebensstandard der Bürgerinnen und Bürger im Alter langfristig zu sichern.



Inhalt

Landkreise im Wandel: Wo Deutschland wächst – und wo es schrumpft 2

Dr. Marion Eberlein

BVR Inflationsaussichten 7

Dr. Thomas Haas

BVR Konjunkturbarometer 8

Dr. Gerit Vogt

Landkreise im Wandel: Wo Deutschland wächst – und wo es schrumpft

Die Bevölkerung in Deutschland wird in den kommenden zehn Jahren leicht – um 0,4 % – auf 84 Mio. Menschen wachsen (vgl. Abb. 1). Zuwanderung gleicht den demografischen Rückgang in Deutschland weitgehend aus. Gleichzeitig werden die Alterungseffekte deutlich spürbar. Das mittlere Alter wird in den nächsten zehn Jahren von derzeit rund 46 Jahren auf rund 47 Jahre ansteigen. Die größte Bevölkerungsgruppe ist aktuell um die 60 Jahre alt und wird auch 2035, dann etwa 70 Jahre, den höchsten Anteil stellen. In den jüngeren Altersgruppen unter 40 Jahren zeichnet sich hingegen ein leichter Rückgang ab (vgl. Abb. 2). Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Demografieprognose des Instituts der Deutschen Wirtschaft (IW Köln/ IW Consult), die im Auftrag des Bundesverbands Deutscher Volks- und Raiffeisenbanken erstellt wurde.

Die Demografieprognose des IW Köln/IW Consult kommt zu dem Schluss, dass sich die Nettomigration bei rund 300.000 Menschen jährlich einpendeln wird. Dieser Wert wird durch die sogenannte „Medianprognose“ ermittelt, welche den wahrscheinlichsten Verlauf für die Nettomigration abbildet (siehe Kasten). Für das Jahr 2035 besteht ein Prognoseintervall zwischen -10.000 (Untergrenze) und 600.000 (Obergrenze) Personen. Mit 60-prozentiger Wahrscheinlichkeit wird die Nettomigration in diesem Intervall liegen.

Die Nettomigration ist die größte Quelle der Unsicherheit für die Prognoseergebnisse. Denn es wirken verschiedene Faktoren sowohl in den Herkunftsändern als auch in Deutschland. Mögliche „externe Schocks“ wie die Kriege im Irak und in Syrien in den Jahren 2015/16 oder der Krieg in der Ukraine können deutliche Prognosefehler erzeugen. Derartige Schocks können nicht in einer Prognose vorweggenommen werden. Aktuell voll-

Methodik der Demografieprognose: Stochastischer Ansatz

Das IW Köln/IW Consult verwendet bei seiner Demografieprognose einen stochastischen Ansatz. Dieser modelliert demografische Prozesse über Wahrscheinlichkeitsverteilungen, die aus historischen Daten ermittelt wurden. Damit werden demografische Komponenten wie Geschlecht, Alter, Fertilitäts- und Mortalitätsraten geschätzt. Durch mehrere tausend Simulationsverläufe lässt sich eine Verteilung möglicher Bevölkerungsentwicklungen ermitteln. Hierbei ist die Medianprognose der wahrscheinlichste Verlauf. Außerdem lassen sich wahrscheinliche Ober- und Untergrenzen ableiten. Mit dieser Methodik unterscheidet sich die Demografieprognose des IW Köln/ IW Consult von Szenarioanalysen, die beispielsweise von Destatis (2025) und vom Bundesinstitut für Bau-Forschung, Stadt-Forschung und Raum-Forschung BBSR (2024) angewendet werden. Dort wird die zukünftige Bevölkerungsentwicklung durch verschiedene „Wenn..., dann...Szenarien“ bestimmt. Da die Szenarien Experteneinschätzungen darstellen, lassen sich so keine objektiven statistischen Eintrittswahrscheinlichkeiten ermitteln. Die Spannbreite zwischen verschiedenen Szenarien stellt ebenfalls keine objektive statistische Eintrittswahrscheinlichkeit dar.

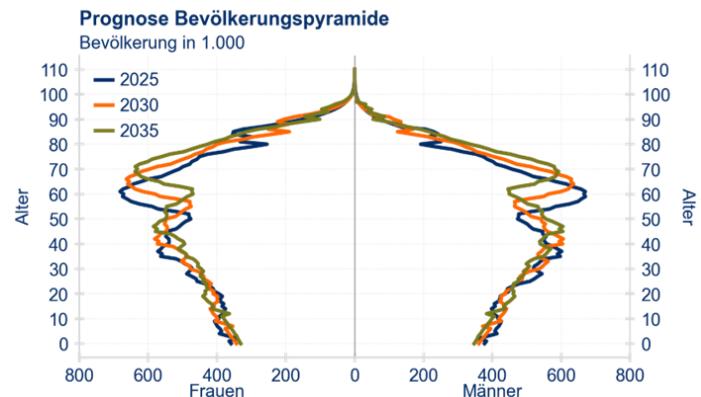
zieht sich ein Wandel in Deutschland hin zu einer deutlich restriktiveren Migrationspolitik als es in der

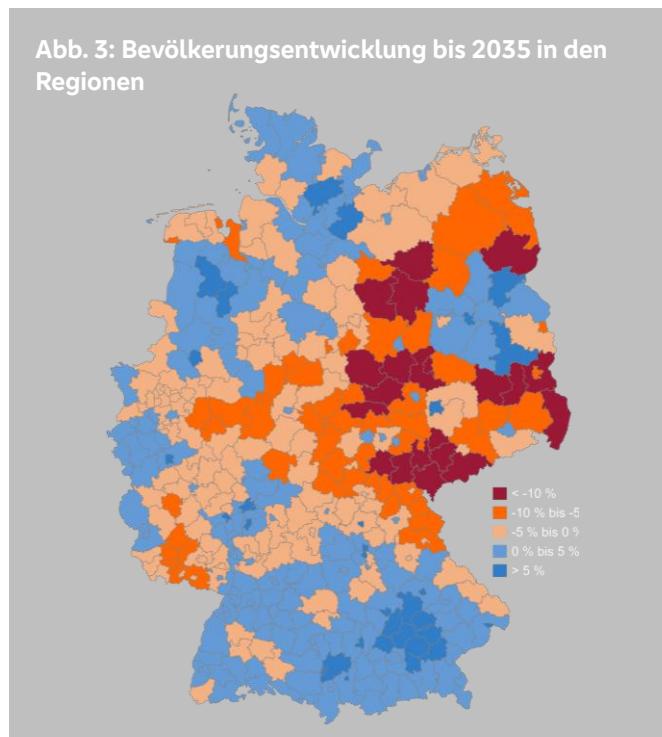
Abb. 1:



Quelle: Demografieprognose des IW Köln/IW Consult (2025), im Auftrag des BVR

Abb. 2:





vorangegangenen Legislatur der Fall war. Deren Auswirkungen auf künftige Migrationsströme lassen sich derzeit noch nicht gut beurteilen.

Deutliche regionale Unterschiede in der demografischen Entwicklung

Deutschlands Regionen entwickeln sich sehr unterschiedlich (vgl. Abb. 3). Während einige Landkreise bis zum Jahr 2035 ein kräftiges Bevölkerungsplus von bis zu 11 % verzeichnen, müssen andere mit einem Rückgang in ähnlicher Größenordnung rechnen.

Besonders dynamisch sind die Städte Landshut, Leipzig und Potsdam. Sie profitieren von der Nähe zu Wirtschaftszentren und guter Infrastruktur. Ganz anders sieht es in vielen Landkreisen Ost- und Mitteldeutschlands aus – hier setzt sich der Trend der vergangenen Jahre fort: Schrumpfung statt Wachstum. Wer wirtschaftlich stark ist, wächst weiter. Wer schwach ist, fällt zurück.

Ein Blick auf die Altersstruktur macht die regionalen Unterschiede in Deutschland noch deutlicher. Regionen mit schwachem Bevölkerungswachstum haben meist auch einen geringeren Anteil von Menschen im erwerbsfähigen Alter. Besonders in Teilen Ostdeutschlands und strukturschwachen Grenzregionen zu Tschechien oder Polen ist die Erwerbspersonenquote niedrig, während der Altenquotient – der Anteil der über 67-Jährigen an der Erwerbsbevölkerung – besonders hoch ist (vgl. Abb. 6).

Abgrenzung funktionaler Wirtschaftsräume

Deutschland ist ein Land mit vielen regionalen Zentren. Deshalb ist eine Wirtschaftsraumabgrenzung, die wirtschaftliche Zusammenhänge zwischen den 400 Kreisen und kreisfreien Städten zeigt, von besonderem Interesse.

Das IW Köln/IW Consult hat eine Analyse für den BVR zu funktionalen Wirtschaftsräumen in Deutschland durchgeführt.

Funktionale Wirtschaftsräume sind wirtschaftlich eng verflochtene Regionen, die durch Pendlerverflechtungen, Branchencluster, Zulieferernetzwerke und gemeinsame Infrastrukturen geprägt sind.

Sie bilden die tatsächlichen wirtschaftlichen Interaktionsräume ab und sind damit eine zentrale Grundlage für strategische Marktanalysen und Standortentscheidungen. Diese Räume sind nicht statisch. Sie verändern sich im Zuge technologischer Innovationen, demografischer Entwicklungen und wirtschaftlicher Transformation.

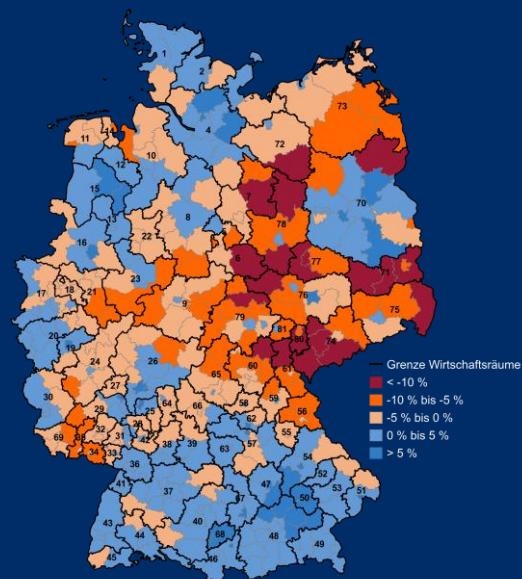
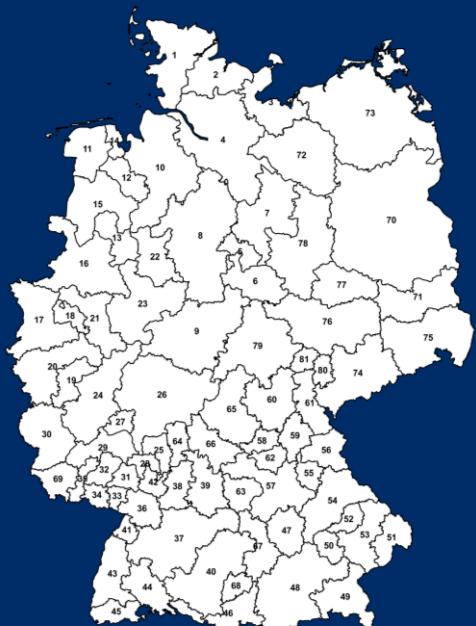
Das IW Köln/IW Consult identifiziert 81 Wirtschaftsräume in Deutschland (vgl. Abb. 4), die auf Basis von Pendlerströmen zu zentralen Arbeitsorten und geografischen Distanzen ermittelt werden.

Jeder Wirtschaftsraum zeichnet sich durch einen Arbeitsort aus, in den eine überwiegende Anzahl der Beschäftigten innerhalb eines Wirtschaftsraums pendeln.

So pendeln z. B. im Wirtschaftsraum München die Beschäftigten aus den nahegelegenen Landkreisen wie u. a. Dachau, Ebersberg und Erding sowie aus dem erweiterten Umfeld wie Garmisch-Partenkirchen oder Miesbach nach München.

Die Demografieprognose des IW Köln/IW Consult kann durch eine entsprechende Zusammenlegung der Landkreise zu Wirtschaftsräumen auch für Demografieprognosen in den 81 Wirtschaftsräumen genutzt werden (vgl. Abb. 5).

Abb. 4 und 5: Abgrenzung funktionaler Wirtschaftsräume und deren Bevölkerungsentwicklung bis 2035



Quelle: Demografieprognose des IW Köln/IW Consult (2025), im Auftrag des BVR

Demografie als Standortfaktor

Die demografische Entwicklung führt in vielen Regionen Deutschlands zu großen Herausforderungen. Hohe Altenquotienten und eine schrumpfende Bevölkerung erschweren die Rekrutierung geeigneter Fachkräfte. Das kann zu Produktionsengpässen, Investitionsstopps, Abwanderungen oder sogar Insolvenzen führen – ein Teufelskreis, der die wirtschaftliche Basis weiter schwächt.

Alterung bedeutet steigenden Pflegebedarf, während junge Menschen abwandern. Auch die Aufrechterhaltung der kommunalen Daseinsvorsorge wie Schulen, Krankenhäuser und Öffentlicher Nahverkehr stellt in schrumpfenden Regionen ein Problem dar. Zudem bestehen Herausforderungen am Immobilienmarkt: Leerstände in schrumpfenden Regionen stehen Wohnraumknappheiten in Ballungsräumen gegenüber.

Zukunftsfähige Regionen: Strukturpolitik, Infrastruktur und gesellschaftliches Engagement

Eine ausgewogene Regionalentwicklung erfordert differenzierte Ansätze, da strukturschwache und starke Regionen vor sehr unterschiedlichen Herausforderungen stehen. In strukturschwachen Regionen ist eine aktive Strukturpolitik entscheidend, um wirtschaftliche Ungleichgewichte auszugleichen. Der Ausbau von Verkehrswegen, Breitbandnetzen und Energieinfrastruktur schafft die Grundlage für Investitionen und Arbeitsplätze. Gleichzeitig müssen Bildungs- und Forschungseinrichtungen gestärkt werden, um Innovationen zu fördern und die Attraktivität der Regionen zu erhöhen.

Ebenso wichtig ist die Qualifizierung älterer Erwerbstätiger und die Integration von Zuwanderung, um Fachkräfteengpässe zu mindern. Strukturpolitik muss daher nicht nur wirtschaftliche Impulse setzen, sondern auch soziale und demografische Herausforderungen aktiv gestalten, um die Lebensqualität und Zukunftsfähigkeit dieser Regionen zu sichern.

Starke Regionen müssen hingegen Wachstumsfolgen wie steigende Wohn- und Bodenpreise, Verkehrsengpässe und den zunehmenden Wettbewerb um Fachkräfte bewältigen, um ihre Innovationskraft und Lebensqualität zu erhalten.

Mit dem neuen Finanzpaket stellt der Bund über ein Sondervermögen von insgesamt 500 Mrd. Euro Mittel für einen Modernisierungsschub bereit. Davon sind allein 100 Mrd. Euro für Investitionen von Ländern und Kommunen vorgesehen – insbesondere in Bildung, Krankenhäuser, Digitalisierung und Infrastruktur. Diese Mittel sollen helfen, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken. Allerdings droht die Gefahr, dass Mittel häufig nicht zusätzlich investiert werden, sondern zur Schließung von Finanzierungslücken in den Haushalten genutzt werden. Damit droht die eigentliche Zielsetzung – zusätzliche Investitionen für Zukunftsaufgaben – verfehlt zu werden.

Die Genossenschaftsbanken leisten einen wichtigen Beitrag zur regionalen Entwicklung. Der Engagementbericht 2024 zeigt, wie eng die 672 Institute mit den Menschen vor Ort verbunden sind und wie vielfältig sie ihre Regionen prägen. Allein im Jahr 2024 unterstützte die Genossenschaftliche FinanzGruppe Volksbanken Raiff-

eisenbanken gemeinnützige Organisationen, Projekte und Initiativen mit insgesamt 176 Mio. Euro – durch Spenden, Sponsoring oder Stiftungserträge. Darüber hinaus engagieren sich die Institute mit über 391 Mio. Euro in Stiftungen und fördern zahlreiche Aktivitäten im Corporate Volunteering. Regionalität, Nähe, gesellschaftlicher Zusammenhalt und Nachhaltigkeit sind dabei die zentralen Motive ihres Handelns.

Demografische Entwicklung und ihre Folgen für die Altersvorsorge

Die demografische Entwicklung stellt das deutsche Rentensystem vor tiefgreifende Herausforderungen. Die Bevölkerung altert, die Lebenserwartung steigt, während die Zahl der Erwerbsfähigen sinkt. Dieses Ungleichgewicht führt dazu, dass immer weniger Beitragszahler für eine wachsende Zahl von Rentenempfängern auftreten müssen. Die Finanzierung wird zunehmend schwieriger, die Beitragssätze müssten ohne Reformen stark steigen oder die Leistungen gekürzt werden. Gleichzeitig schrumpft die Fachkräftebasis, was das Wirtschaftswachstum bremst und die Einnahmen der Sozialversicherung zusätzlich belastet.

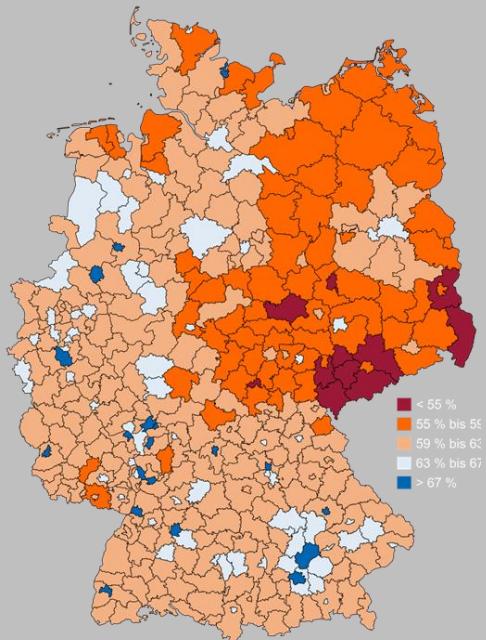
Um die langfristige Stabilität zu sichern, sind tiefgreifende Strukturreformen erforderlich. Dazu gehört eine schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters im Einklang mit der steigenden Lebenserwartung, um die Erwerbsphase zu verlängern. Begleitend sind betriebliche Maßnahmen sinnvoll, welche die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer insbesondere in körperlich belastenden Berufen sichern – wie etwa Gesundheits- und Präventionsprogramme, ergonomische Anpassungen der Arbeitsplätze oder Unterstützung des Übergangs in weniger belastende Tätigkeiten im Betrieb z. B. durch Umschulungen.

Ebenso wichtig ist die Stärkung kapitalgedeckter Elemente und die Förderung privater Altersvorsorge, um die Abhängigkeit vom Umlagesystem zu reduzieren. Die im Regierungsentwurf zur Reform der steuerlich geförderten privaten Altersvorsorge vorgeschlagenen Maßnahmen sind ein wichtiger und dringlicher Schritt, um die private Altersvorsorge wesentlich attraktiver zu gestalten und den Lebensstandard der Bürgerinnen und Bürger im Alter langfristig zu sichern.

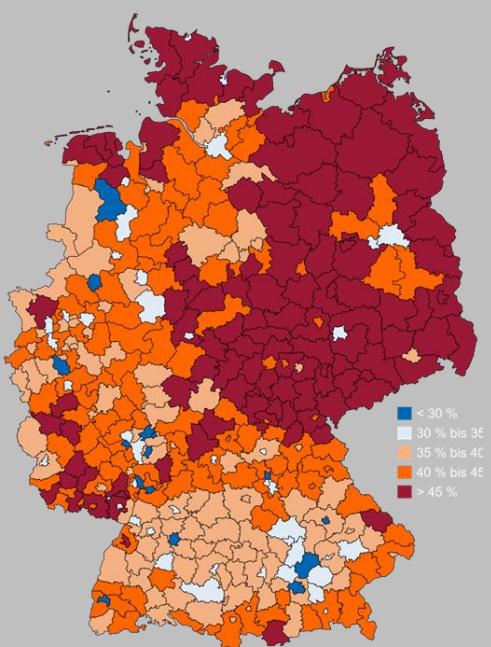
Eine zügige Umsetzung der im Regierungsentwurf genannten Maßnahmen sind sehr wichtig, um die steuerlich geförderte private Altersvorsorge langfristig auf ein stabiles Fundament zu stellen. Ein Meilenstein zur dringend notwendigen Stärkung der Wertpapier-kultur ist die Schaffung eines Altersvorsorgedepots ohne Beitragsgarantien, das es Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, kostengünstig in verschiedene Anlageformen zu investieren. Nicht zuletzt durch die stärkere Förderung über die geplanten Zulagen von Bürgerinnen

Abb. 6: Große regionale Unterschiede im Altenquotient und in der Erwerbspersonenquote 2035

Erwerbspersonenquote:



Altenquotient:



Quelle: Demografieprognose des IW Köln/IW Consult (2025), im Auftrag des BVR

und Bürgern mit geringem Einkommen, Berufseinsteigern und Familien wird ein attraktiver (erster) Einstieg in die Anlage in Wertpapiere geschaffen. Es sollten aber auch Bürgerinnen und Bürger, die nicht in der gesetzlichen Rentenversicherung pflichtversichert sind (wie z. B. Selbstständige), von der staatlichen Förderung der privaten Altersvorsorge profitieren. Auch diese Bürgerinnen und Bürger sind oft auf eine private Altersvorsorge angewiesen.

Genossenschaftsbanken können als verlässliche Partner auch bei der Altersvorsorge einen wichtigen Beitrag leisten: Sie beraten ihre Kundinnen und Kunden bei der privaten Altersvorsorge, bieten nachhaltige Anlageprodukte und fördern finanzielle Bildung. Damit tragen sie dazu bei, die finanzielle Sicherheit im Alter zu stärken und die wirtschaftliche Stabilität und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Regionen zu fördern.

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz

Digitalisierung und Künstliche Intelligenz sind zentrale Hebel, um den wachsenden Fachkräftemangel in Deutschland abzufedern und die Produktivität zu steigern. Automatisierung und KI können nicht nur Routinenprozesse effizienter gestalten, sondern auch komplexe Aufgaben übernehmen, die bisher hohe personelle Ressourcen erforderten. Dadurch entstehen neue Geschäftsmodelle, innovative Dienstleistungen und eine höhere Wertschöpfung in nahezu allen Branchen – von der Industrie über den Handel bis hin zum Gesundheitswesen.

Doch technologische Lösungen auf betrieblicher Ebene allein reichen nicht aus. Damit Unternehmen und Beschäftigte die Potenziale von Digitalisierung und KI aus schöpfen können, sind massive Investitionen in digitale Infrastruktur und Bildung erforderlich. Breitbandnetze, Cloud-Technologien und sichere Datenplattformen bilden die Grundlage für digitale Transformation. Gleichzeitig müssen digitale Kompetenzen in allen Altersgruppen gestärkt werden – von der schulischen Bildung über berufliche Weiterbildung bis hin zu lebenslangem Lernen. Nur so können Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die neuen Technologien nicht nur bedienen, sondern aktiv gestalten.

Zuwanderung als strategischer Faktor

Zuwanderung ist für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands zentral. Angesichts des demografischen Wandels und des zunehmenden Fachkräftemangels muss Deutschland nicht nur ein attraktives Zuwanderungsland bleiben, sondern seine Rahmenbedingungen aktiv verbessern. Qualifizierte Migration ist dabei ein Schlüssel, um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren, die Innovationskraft zu stärken und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu sichern.

Dazu gehören vereinfachte und transparente Anerkennungsverfahren für ausländische Abschlüsse, die eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt ermöglichen. Ebenso wichtig ist eine ausgeprägte Willkommenskultur, die nicht nur rechtliche, sondern auch gesellschaftliche Hürden abbaut. Bürokratische Prozesse – insbesondere bei der Visaübergabe und der Erteilung von Arbeitserlaubnissen – müssen deutlich beschleunigt und digitalisiert werden, um internationale Talente nicht an andere Länder zu verlieren.

Darüber hinaus ist eine ganzheitliche Integrationsstrategie erforderlich, die Sprachförderung, berufliche Qualifizierung und soziale Teilhabe umfasst. Zuwanderung darf nicht nur als kurzfristige Lösung für Fachkräfteengpässe betrachtet werden, sondern muss als langfristige Investition in die Innovationsfähigkeit und kulturelle Vielfalt verstanden werden. Nur wenn Deutschland attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen bietet, kann es im globalen Wettbewerb um Talente bestehen und seine wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität sichern.

BVR Inflationsaussichten

Inflationsaussichten bleiben gedämpft

Die Bodenbildung und Seitwärtsbewegung der BVR Inflationsaussichten setzt sich, wie bereits in der letzten Ausgabe des BVR Research Volkswirtschaft Kompakt (16.12.2025) erläutert, weiter fort. Mit 42 Punkten im Dezember schließt der Indikator ein weiteres Jahr durchgehend unterhalb der neutralen Marke von 50 Punkten. Seit Juli 2023 liegt der Indikator durchgehend in der unteren Hälfte der Spannweite.

Mit einer Inflationsrate von zuletzt 2,2 % im Euroraum hat die EZB nach den erhöhten Werten der vergangenen Jahre die Inflationsrate wieder klar unter Kontrolle und darf sich über eine sehr stabile Inflationsentwicklung im auslaufenden Jahr freuen. Zuletzt hatte die EZB für die kommenden Jahre sogar ein Unterschreiten des Inflationsziels prognostiziert. Im Nachgang zur letzten Zinsentscheidung in diesem Jahr am kommenden Donnerstag werden die Dezember-Projektionen veröffentlicht, dann auch erstmals bis 2028. Eine Bestätigung der schwachen Inflationsdynamik darf erwartet werden.

Konjunktur mit wenig Schwung

Mit 40 Punkten hat sich die Konjunkturkomponente zuletzt abgeschwächt. Sie liegt unter der neutralen 50-Punkte Marke.

Die Industrieproduktion im Euroraum konnte sich zuletzt zwar leicht stabilisieren, die Auftragseingänge und das Geschäftsklima bleiben aber weiter verhalten. Auch die Kapazitätsauslastung bleibt auf niedrigem Niveau in einer Seitwärtsbewegung.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum dürfte im kommenden Jahr ähnlich bleiben wie im aktuellen Jahr und erst langsam an Dynamik gewinnen, wenn die Binennachfrage steigt und sich der Außenhandel etwas erholt.

Preiskomponente unverändert niedrig

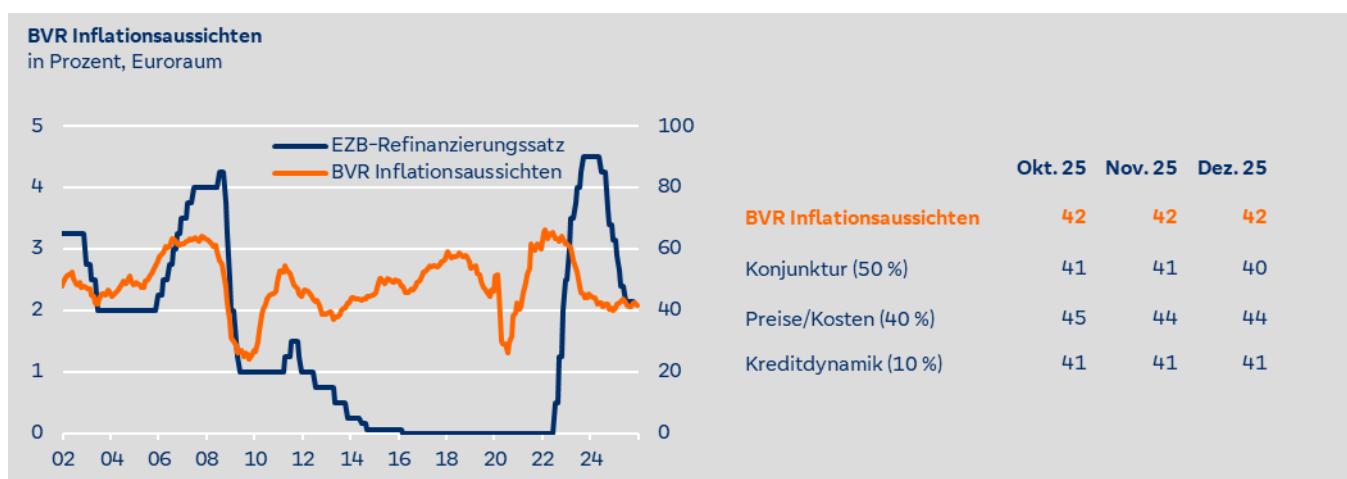
Im Bereich Preise/Kosten liegt der Indikator bei 44 Punkten. Damit bleibt der Indikator im Bereich des Vormonats.

Die Lohnstückkosten haben sich zuletzt ähnlich wie die Energiepreise stabilisiert. Letztere deuten eine leichte Abwärtstendenz an. Der effektive Wechselkurs des Euros bleibt auf dem erhöhten Niveau der Vormonate und wirkt damit preisdämpfend.

Kreditdynamik weiterhin verhalten

Die Kreditdynamik bleibt unverändert bei 41 Punkten. Auch hier bleibt der Teilindikator deutlich unter der neutralen Marke von 50 Punkten.

Mit 3 % bleibt das Kreditwachstum an den Privatsektor im Euroraum deutlich unter dem langfristigen Durchschnitt und unter den Werten vor dem Zinserhöhungszyklus ab Juli 2022. Mit den Zinssenkungen seit Juni 2024 steigt das Wachstum zwar wieder an, jedoch nur sehr langsam. Die erhöhte geopolitische Unsicherheit und der unsichere wirtschaftliche Ausblick dämpfen die Kreditdynamik.



Die BVR Inflationsaussichten sind ein Indikator für die mittelfristige Inflationsentwicklung im Eurauraum mit Werten zwischen null und 100. Der Indikatorwert von 50 ist mit dem Erreichen des impliziten Inflationsziels der EZB von 2 % verbunden. Geringere (höhere) Werte signalisieren eine geringere (höhere) mittelfristige Inflationstendenz. Die Konjunkturkomponente enthält die Industrieproduktion, den Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe, das Wirtschaftsklima und die Kapazitätsauslastung im Eurauraum. Die Komponente für Preise/Kosten beinhaltet den HWI-Energiepreisindex, die Lohnstückkosten und den handelsgewichteten Euro-Wechselkurs. Die Kreditdynamik wird anhand der Jahreswachstumsrate der Kredite an Unternehmen und Privathaushalte gemessen.

Quelle: BVR, LSEG Workspace

BVR Konjunkturbarometer

Barometer verharrt bei niedrigen 36 Punkten

Wie bereits in der letzten Ausgabe des BVR Research Volkswirtschaft Kompakt (16.12.2025) erläutert, dürfte die hartnäckige Wirtschaftsflaute in Deutschland zum Jahresende zunächst noch andauern. Hierauf deutet auch das BVR Konjunkturbarometer hin, das nach aktuellem Datenstand im Dezember gegenüber dem Vormonat unverändert bei niedrigen 36 Punkten bleiben wird.

Allerdings dürften die November- und Dezemberwerte des Barometers bald eine leichte Aufwärtskorrektur erfahren. So zeichnet sich ab, dass der Industrie-Auftragseingang im November wieder über seinen Vorjahresmonatswert steigen könnte. Die Neuaufträge waren bereits im Oktober gegenüber dem Vormonat um merkliche 1,5 % expandiert, befördert durch verteidigungswirtschaftliche Großaufträge im Sonstigen Fahrzeugbau. Die sich abzeichnende Aufwärtskorrektur des BVR Konjunkturbarometers wäre im Einklang mit der Prognose einer baldigen Überwindung der gesamtwirtschaftlichen Schwächephase.

Stimmungsindikatoren tendieren uneinheitlich

Zum Jahresende zeigten die wichtigsten Stimmungsindikatoren für die deutsche Wirtschaft unterschiedliche Tendenzen. Während der ifo Geschäftsklimaindex im Dezember zum zweiten Mal in Folge gegenüber dem Vormonat sank, legten die ZEW-Konjunkturerwartungen kräftig zu. Der ifo Geschäftsklimaindex verminderte sich leicht von 88,0 Punkten im November auf 87,6 Punkte im Dezember, wegen rückläufiger Geschäftserwartungen. Die befragten Unternehmen blickten pessimistischer auf

die Zukunft als zuvor. Offensichtlich haben sie mehr greifbare Ergebnisse vom angekündigten „Herbst der Reformen“ erwartet und auch bereits merklichere Impulse aus den in die Wege geleiteten Fiskalpaket.

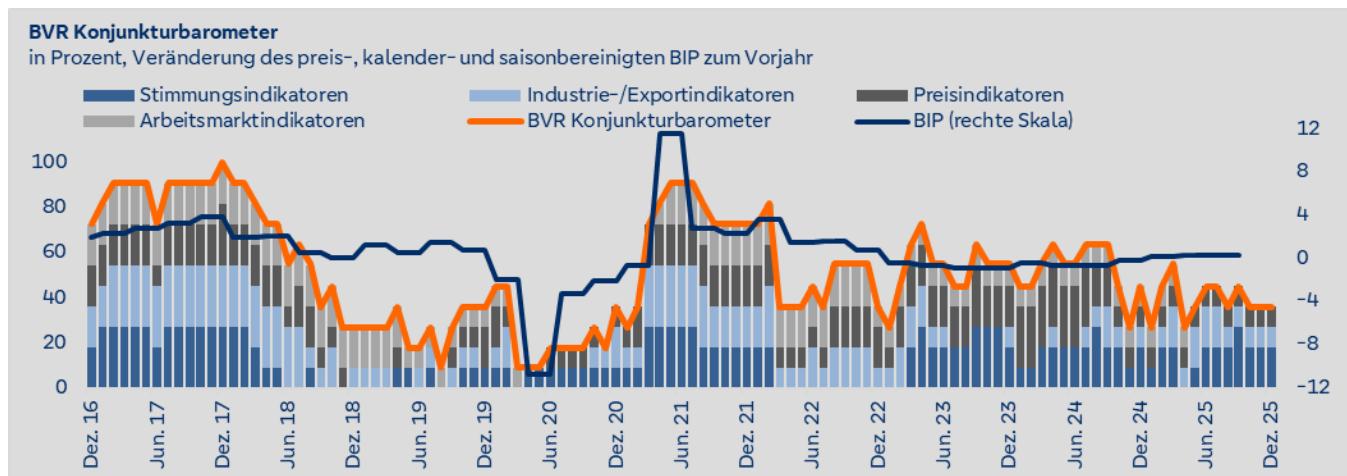
Trotz der jüngsten Eintrübung des Geschäftsklimas geht von der Stimmungskomponente weiterhin eine moderate Steigerungswirkung auf das BVR Konjunkturbarometer aus, weil das ifo Geschäftsklima und die ZEW-Konjunkturerwartungen nach wie vor ihre (niedrigen) Vorjahrsmonatswerte übertreffen.

Weitere Stabilisierung der Industrie-/Export-indikatoren

Im Oktober hat sich die Industrieconjunktur weiter gestiftigt. Sowohl die Industrieproduktion als auch die industriellen Neuaufträge konnten gegenüber dem Vormonat zulegen. Auch die Exporte der deutschen Wirtschaft stiegen, wegen eines rückläufigen Geschäfts mit den Staaten außerhalb der EU aber nur minimal.

Im Gegensatz zur Industrieproduktion und zu den industriellen Aufträgen befinden sich die Exporte weiterhin über ihrem Vorjahresmonatswert, sodass von den Industrie-/Exportkomponenten nach wie vor nur eine leicht steigernde Wirkung auf das BVR Konjunkturbarometer ausgeht.

Die Preis- und Arbeitsmarktindikatoren wirken hingegen noch immer überwiegend dämpfend auf das Barometer. Eine Ausnahme ist hier lediglich das Börsenbarometer DAX, das zuletzt mit über 24.000 Punkten erneut über seinen Vorjahresmonatswert lag.



Das BVR Konjunkturbarometer ist ein Indikator für die konjunkturelle Entwicklung Deutschlands und kann Werte zwischen null und 100 annehmen. Es verdichtet die Signale von 3 Stimmungsindikatoren (ifo Geschäftsklima, ZEW-Konjunkturerwartungen, Verbrauchertrauen), 3 Industrie-/Exportindikatoren (Industrie-Auftragseingang, Industrieproduktion, Ausführen), 3 Preisindikatoren (DAX, Geldmarktzins, Rohölpreis) und 2 Arbeitsmarktindikatoren (Erwerbstätige, Offene Stellen). Als Diffusionsindex misst das BVR Konjunkturbarometer den prozentualen Anteil der Indikatoren an allen 11 einbezogenen Indikatoren, die gegenüber dem Vorjahresmonat gestiegen sind. Liegen für einen Indikator aktuell noch keine Werte vor, wird das Signal des Vormonats verwendet.

Quelle: BVR, LSEG Workspace

**Bundesverband
der Deutschen
Volksbanken und
Raiffeisenbanken**

Schellingstr. 4
10785 Berlin

Ansprechpartner
Dr. Andreas Bley

Abteilung Volkswirtschaft/Mittelstandspolitik
Telefon: (030) 2021-1500

E-Mail: volkswirtschaft@bvr.de
Internet: www.bvr.de